

Kommunistischer Landtagsabgeordneter aus dem DMB ausgeschlossen

Gegen pregeleichter Zeichnung eines Flugblattes der KPD

Die Ortsverwaltung des DMB Nürnberg hat jetzt den Gezähmten Büch aus dem Verband ausgeschlossen. Als Vorwand diente der Umstand, dass Gen. Büchs als Landtagsabgeordneter die pregeleichter Zeichnung eines von der Kommunistischen Partei herausgegebenen Flugblattes übernommen hatte. Das betreffende Flugblatt erschien anlässlich der Lohnbewegung 1927 und übt am Verhalten der Lohnkommission Kritik. Da in Sachen kein im Betrieb lebender Arbeiter ein kommunistisches Flugblatt zeichnen kann, ohne dass er vom Unternehmen gemahnt wird und von den Gerichten wegen „aktiver Augehörigkeit zur KPD“ verurteilt wird, so übernahm Gen. Büchs als Abgeordneter die Zeichnung des Flugblattes, das er nicht selbst gezeichnete hatte.

Ist es nun schon eine Schande, dass sozialdemokratische DMB-Führer genau so wie die Klassensozialisten wegen einer geleglichen Zeichnung über Kommunisten herfallen, so ist das Verfahren um so infam durch einige besondere Begleitumstände.

An den Gen. Büchs wurde nämlich das Antrittsgehalt gestellt, er soll das Verhalten der Lohnkommission öffentlich als richtig erklären, dann könne er weiter Mitglied des DMB bleiben. Selbstverständlich wies Gen. Büchs dieses niedrige Antritts zu.

Weiter erklärten die DMB-Führer, dass die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft durch die bantische Reaktion ein kommunistisches Märchen sei.

Nachdem es der DMB-Bürokratie natürlich nicht gelungen war, den Gen. Büchs zur Desarrierierung der KPD zu veranlassen, wurde er ohne weiteres ausgeschlossen.

Angesichts derartiger Methoden der DMB-Führer appellieren wir an die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sich diese Spaltungspolitik der Reformisten nicht länger gefallen zu lassen. Das Ergebnis der Wahl zeigt, dass die klassebewussten Arbeiter eine gewaltige Macht bilden, die sich auch in allen freien Gewerkschaften durchsetzen können, wenn sie aktiv und einzig den spalterischen Maßnahmen der sozialdemokratischen Führer entgegentreten. Kein Arbeiter, dem etwas an der Erhaltung der Einheit und Kampftat der freien Gewerkschaften liegt, kann die Spaltungspolitik der SPD-Führer billigen. Darum kommt euch! Sorgt dafür, dass alle noch zugeschobenen Arbeiter in die Gewerkschaften eintreten und dort die Opposition halten. Kämpft gegen die Auschüsse und Maßnahmen, die nur aus parteipolitischen Gründen vorgenommen werden und die Einheit der Gewerkschaften gefährden!

Oppositionssieg im Gothaer Eisenbahnerverband

Bei der am 13. und 14. Mai durchgeföhrten Wahl zum Verbandsrat des Einheitsverbandes der Eisenbahner erhalten in Gotha die oppositionellen Kandidaten folgende Stimmen:

Kollege Hen (Gotha) 380 Stimmen
Kollege Hildebrand (Meiningen) 375 Stimmen
Kollege Bittorf (Erfurt) 360 Stimmen

Das ist die Quittung der Gothaer Eisenbahner für die Neuerlagensstrategie und die Spaltungspolitik der Scheiß, Breunig und Genossen, die aus dem Einheitsverband der Eisenbahner eine Unterorganisation der SPD machen wollen.

Verband der Kupferschmiede, Bezirk Dresden

Der Streik im Kupferschmiedehandwerk der Kreishauptmannschaft Dresden ist noch nicht beendet. Zu den am 20. Mai gefallten Schiedssprüchen Mantelkrisi und Lohn wird am Freitag dem 25. Mai um 18 Uhr im Volkshaus Dresden die beteiligte Arbeitnehmerchaft Stellung nehmen.

Zugung des Arbeitsnachweispersonals im ZfA

Vom ZfA, Ortsgruppe Dresden, erhalten wir folgenden Bericht:

Der Zentralverband der Angestellten, seit langem die mächtigste Organisation des in Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschäftigten Personals, hatte zum 12. und 13. Mai d. J. eine Zugung eines Reichsausbaus „Arbeitsnachweisangestellte“ nach Ahlbeck einberufen. Einem umfassenden Geschäftsbericht des Reichsausbaupräsidenten Hausherr, der nicht nur die engeren Berufsfragen des Personals, sondern darüber hinaus den gesamten Kräftekomplex der im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Behörden für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung stehenden Probleme handelte, folgte eine eingehende Besprechung, die ihren Niederschlag in folgender Entschließung fand:

„Die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossenen Angestellten und Beamten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befinden sich erneut zu den im Gegeg. niedergelegten und von ihnen seit Jahren vertretenen Grundprinzipien der sozialpolitischen Selbstverwaltung. Sie sind bereit, auch weiterhin am Ausbau dieser Grundlage in der Reichsanstalt tatkräftig mitzuverarbeiten. Pflicht der Angestellten und Beamten der Reichsanstalt ist es, diesen Gedanken, der in dem Aufbau der Reichsanstalt in neuer Form verwirklicht ist, mit allen Kräften zu fördern, um die vom Gegeg. gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die von einigen

Marsch der Frauen

Bon Hans Voortbeer

Es war ein Hungerkummer, der uns Proleten den Leib verbitterte und alle Kraft nahm. Brot war da, alles war da, — nur die Kauftafel fehlte. Wir verdienten Billionen in den Fabriken, aber ein Brot und ein Margarinepaté fragten die Billionen auf.

Es war eine herrliche Zeit — — ! Die Weiber standen auf den Straßen und jammerten über das elende Leben. Und die Männer lagen in den Fabriken und lachten grimmig an der armeligen Margatinelöse. Da kam ihnen wahnsinnig keine frohe Laune auf — und die Lust zur Arbeit verging mit der vergehenden Kraft.

Doch die Herren Unternehmer ließen ganz gut dabei zu haben; — sie vergroßerten und erweiterten ihre Betriebe. Stück und Stück, bauten Gebäude und Maschinenanlagen, kausten Kraftwagen und ließen sich Villen an den Fluß sehn.

Kreatisch, — mancher kleine Geschäftsmann ließ die Läden herunter und ging in die Fabrik, um nicht ganz zu verhungern. Aber die Großen übertrauen diese Zeit mit Schweinehuren, Wurstfabrikern und Deutschlandliedern ausgezeichnet.

O — in uns Proletarien wuchs eine Wut — — !

Aber — es war keine Eingeborene zum Vorschlagen gegen die Ausbeuter. Die einen schimpften auf die Regierung, die den Armen das Fell über die Ohren ziehen ließ und dabei selber noch rüchtig half, — aber die anderen waren regierungstreue und redeten immer von einer Republik, der man die Sache nicht übernehmen dürfe, weil sie ja noch so jung sei — es sei schon richtig, man lasse einen mächtigen Protest gegen die Großkapitalisten und Kapitalist los, in dem man ihnen verbietet, die Proleten noch weiter so zu schröpfen. Da kam freilich keine Einigkeit. Und es gab eine ganze Masse von Führern, die darüber nur froh waren, wenn ihnen dadurch wenigstens keine Unannehmlichkeiten entstanden.

O — in uns revolutionären Proletarien wuchs eine Wut — — ! Wer Männer waren in den Fabriken gefesselt. Und die Kinder standen verwundert an Jänen und Häusern, in großen Fragen und Anklagen: Warum müssen wir so hungern?

Reichstagswahl und Gewerkschaftsarbeiten

Der Ausgang des Wahlkampfes bedeutet im ganzen Reich eine Niederlage für die Gewerkschaftsbürokratie. Besonders in Ostfachsen konnte die Kommunistische Partei ihre Stimmenzahl beträchtlich steigern, obwohl auch hier der gesamte Gewerkschaftsapparat mit Hilfe der in den Betrieben verfaßten SPÖ-Funktionäre gegen uns eingesetzt wurde. Die unverhohlene Heze und die faustdicken Lügen gegen die KPD und ihre Anhänger haben nur bewirkt, dass sich wiederum Tausende von Arbeitern und Arbeitern abgewendet haben.

Über 22 000 Arbeiterrituinen

hat die Kommunistische Partei in Ostfachsen gegenüber den Landtagswahlen im Oktober 1926 mehr erhalten. Ohne Übertriebung kann dazu gesagt werden, dass diese Arbeiterrituale hauptsächlich durch die Auswirkung der reformistischen Gewerkschaftspolitik, vornehmlich bei den letzten Wirtschaftskämpfen, für die Linie des Klassenkampfes gewonnen wurden. Sie haben am eigenen Leibe verspürt, dass kapitalistische Rationalisierung und Schlichtungskindel die wichtigsten Mittel sind, mit denen die Unternehmer die verharsche Ausbeutung der Arbeiterschaft durchführen. Gleichzeitig befahlen sie durch den Wahlkampf Gelegenheit, die Drehthebenpolitik der Sozialdemokratischen Partei mit aller Deutlichkeit kennenzulernen.

Jedem Wertätigen ist bekannt, dass von den Reformisten die Nationalisierung als vorteilhaft für die Arbeiter bezeichnet und deswegen begrüßt wurde. Vor der Wahl aber schimpften sie in ihren Wahlaufrufen über die verhängnisvolle Auswirkung des Reformismus für die Arbeiterschaft.

Als Vater des Schlichtungssystems hat sich die SPD offen mit diesem Gesetz gebrüstet und die Vorteile desselben über den grünen Kleid gelobt, im Wahlkampf wollte sie den Arbeitern begreiflich machen, dass auch sie Gegner der Schlichtungsdiktatur sei.

Im Kampf um die arbeitsenttarifären Lohnforderungen im Herbst 1927 erklärten die Gewerkschaftsbürokraten, dass alle Voraussetzungen für solche Forderungen fehlen, da die Teuerung die Löhne nicht in entsprechendem Maße überholte habe. Dabei stützten sie sich im besonderen auf den amtlichen Index. Vor dem 20. Mai brachten sie in langen Artikeln zum Ausdruck, dass sich die Lebenslage der Arbeiter

in der Klasse andauernd verschlechtert habe und in Tabellen und Kurven wiesen sie nach, dass alle Lohnausbeutungen durch die Zeit nachgestellt worden waren.

Im Aufruf rief der ATGB die Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiete, um damit den Beweis für seine Aktivität im Interesse der Wertätigen zu beweisen. Bereits Tage später stellte der Bezirkssatzung des ATGB Sachsen den Rückgang in der Sozialpolitik auf der ganzen Linie fest.

Unzählige Beispiele könnten noch dafür angeführt werden, dass die sozialdemokratischen Führer vor der Wahl in radikalen Redensarten genau das Gegenteil von dem sagten, was sie kurze Zeit vorher der Arbeiterschaft als Erfolg ihrer praktischen Arbeit in den Parlamenten in allen Tonarten anpreisen.

Sie taten das bewusst, um sich der Wucht der kommunistischen Auflagen zu entziehen und den Arbeiterrituale in die Augen zu steuern. Gegenüber dem von uns veröffentlichten Material über die arbeiterfeindlichen Handlungen der reformistischen Führerlique wußte die SPÖ-Presse nichts zu erwideren, da unsere Feststellungen unwiderrig sind.

Für die Gewerkschaftsopposition ergeben sich jetzt große Aufgaben. Die Arbeiterrituale, die sich am 20. Mai für die Politik der Kommunistischen Partei erklärt haben, müssen für den Klassenkampf gewonnen und zur revolutionären Arbeit herangezogen werden.

Die Störung der Gewerkschaftsopposition in allen Verbänden muß die Antwort auf die Diktaturgelüste der Gewerkschaftsbürokratie sein. Den schon getätigten Ausschlüssen langjähriger Gewerkschaftsjunctionare und den Androhung weiterer Maßregelungen muss die verstärkte Kraft aller klassenbewussten Gewerkschafter entgegengestellt werden.

Die offene Ausnutzung der freien Gewerkschaften für die SPÖ, das Hallenlassen der Magde in der Frage der Neutralität und die rücksichtslose Niedertrampelung aller Rechte der Mitglieder nach jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin zeigen, dass das Interesse aller Wertätigen nur im schwierigen Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie gewahrt werden kann.

Wichtig für Bauarbeiter!

Entlassung bei Frostwetter nur Arbeitsunterbrechung
Grundäliche Entscheidung des Landes-
arbeitsgerichts Aiel

Beim Bau der Flensburger Mittelbrücke mussten 48 beauftragte Bauarbeiter starke Kälte wegen aussieben. Die zum Bezug der Erwerbslosenunterstützung notwendigen Entlassungspapiere erhielten sie ordnungsgemäß ausgestellt. Unter den soldatenhaften Entlassenen befand sich auch der Baudelegierte M. Nachdem die Frostperiode beendet war, wurden mit Wiederaufnahme der Arbeit die Bauarbeiter bis auf den Baudelegierten sämtlich wieder eingestellt.

Damit war der Delegierte endgültig entlassen. Vertreten durch den Baugewerbsbund, legte er dagegen Verwahrung beim Arbeitsgericht Flensburg ein. Das Flensburger Arbeitsgericht entschied, dass der Baudelegierte wieder eingestellt werden müsse. Gegen diese Entscheidung wurde vom Bauunternehmer Berufung beim Landesarbeitsgericht Aiel eingelegt. In der Berufungsgrundbegründung wurde folgender Einwand gemacht: Bei der Entlassung anlässlich des Kältes hat der Delegierte keinen Einspruch erhoben. Damit ist die Entlassung endgültig gewesen und das Vertragsverhältnis war endgültig gelöst. Der Delegierte konnte nicht mehr den Schutz des Betriebsratsgebiets für sich in Anspruch nehmen. Für die Firma bestand keine Verpflichtung, den Entlassenen bei Wiederaufnahme der Arbeit nach der Frostperiode neu einzustellen.

Der Vertreter des Baugewerbsbundes meinte folgendes: „Ich gedenke folgend: Die Entlassung bei Einfrieren von Frost hat nicht als endgültige Entlassung zu gelten, sondern nur als Arbeitsunterbrechung. Die Ausstellung ordnungsgemäßer Entlassungspapiere beinhaltet geschicht nur zu dem Zweck, um den Bezug der Erwerbslosenunterstützung zu sichern. Wenn aber nur Arbeitsunterbrechung angenommen werden kann, so besteht für den Delegierten auch weiterhin der Schutz des Betriebsratsgebiets.“

Das Landesarbeitsgericht schloss sich dieser Auffassung an. In der Urteilserklärung wird folgendes angeführt: „Im Bauwesen ist es allgemein üblich, dass bei Frostwetter die Entlassungspapiere ausgestellt werden, um dem Erwerbslosenfürsorgeamt gerecht zu werden. Allen Teilnehmern an derartigen Entlassungen ist klar, dass es sich nur um Arbeitsunterbrechung handelt und dass alle wieder eingestellt werden müssen. Deshalb ist die Nichtwiedereinstellung des Baudelegierten ungerechtfertigt. Die Berufung des Bauunternehmers wird kostenpflichtig zurückgewiesen und das Urteil des Flensburger Arbeitsgerichts bestätigt: Der Baudelegierte muss wieder eingestellt werden.“

Getreuliche Redakteur: vor Name und Zeichen: August Rennert; für Lokale Gewerkschaftsleiter: Richard Soenneker; für den Intendanten: Arthur Borchert; ähnlich in Dresden: Berliner Verlagsgesellschaft — Drei-Prinzipal-Bürokratie Dresden

Achtung, KPD-Metallarbeiter!

Donnerstag, 17.30 Uhr, im Brandenburger Hof: wichtige Vorbesprechung der Fraktion der Opposition. Es scheinen ältere kommunistischen Vertrauensleute absolut notwendig.

Die Angestellten bei den Arbeitsnachweisen werden aber die Durchsetzung ihrer Forderungen nur durch zeitlichen Anschluss an den ZfA erreichen. Wenn auch über erheblichen Mitgliederzustrom berichtet werden könnte, so ist das Ziel — der leichte Arbeitsnachweisangestellte im ZfA! — noch nicht erreicht.

Achtung, KPD-Metallarbeiter!

Donnerstag, 17.30 Uhr, im Brandenburger Hof: wichtige Vorbesprechung der Fraktion der Opposition. Es scheinen ältere kommunistischen Vertrauensleute absolut notwendig.

Die Angestellten bei den Arbeitsnachweisen werden aber die Durchsetzung ihrer Forderungen nur durch zeitlichen Anschluss an den ZfA erreichen. Wenn auch über erheblichen Mitgliederzustrom berichtet werden könnte, so ist das Ziel — der leichte Arbeitsnachweisangestellte im ZfA! — noch nicht erreicht.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Die Angestellten bei den Arbeitsnachweisen werden aber die Durchsetzung ihrer Forderungen nur durch zeitlichen Anschluss an den ZfA erreichen. Wenn auch über erheblichen Mitgliederzustrom berichtet werden könnte, so ist das Ziel — der leichte Arbeitsnachweisangestellte im ZfA! — noch nicht erreicht.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben voll einzulösen. Von der Reichsanstalt muss erwartet werden, dass sie auch in personaler Beziehung alles tut, um dieses wahre Berufsleben zu erhalten und weiter zu entwickeln, um auch ihrerseits ihre soziale Funktion erfüllen zu können. Die Durchführung obiger Beschlüsse gibt hierzu die geeignete Grundlage.

Aus dieser Entschließung spricht der erste Wille der im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten, sich mit ihrer Forderung nach die Erfü